



Verfügung

28. Mai 2024
2023-1677/AL/EB

Kantonale Volksinitiative «Flughafen-Nachtruhe-Initiative»

Zustandekommen

Am 15. April 2024 wurden die ausgefüllten Unterschriftenlisten zu der im kantonalen Amtsblatt vom 13. Oktober 2023 (ABI 2023-10-13) veröffentlichten kantonalen Volksinitiative «Flughafen-Nachtruhe-Initiative» eingereicht. Gemäss Bericht des Statistischen Amtes vom 24. Mai 2024 enthielten die Unterschriftenlisten insgesamt 7348 Unterschriften. Davon wurden 6916 Unterschriften auf ihre Gültigkeit überprüft. 665 dieser überprüften Unterschriften waren ungültig. Von den zuständigen Gemeindestellen wurden 6251 Unterschriften als gültig beglaubigt.

Damit eine Volksinitiative zustande kommt, muss sie gemäss Art. 24 lit. a der Kantonsverfassung (KV, LS 101) von 6000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein und zudem gemäss Art. 27 KV innert sechs Monaten nach Abschluss der Vorprüfung eingereicht werden. Die Unterschriftenlisten entsprechen den gesetzlichen Anforderungen, wurden fristgerecht eingereicht und weisen die erforderliche Anzahl gültiger Unterzeichnungen von Stimmberechtigten auf. Gestützt auf § 127 des Gesetzes über die politischen Rechte (LS 161) ist somit festzustellen, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist.

Die Direktion der Justiz und des Innern,

gestützt auf Art. 24 lit. a und 27 der Kantonsverfassung (LS 101) sowie § 127 des Gesetzes über die politischen Rechte (LS 161),

verfügt:

- I. Es wird festgestellt, dass die am 15. April 2024 eingereichte kantonale Volksinitiative «Flughafen-Nachtruhe-Initiative» (ABI 2023-10-13) zustande gekommen ist.
- II. Gegen diese Verfügung kann innert fünf Tagen nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt schriftlich Stimmrechtsrekurs an den Regierungsrat erhoben werden (§§ 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz, LS 175.2).
- III. Veröffentlichung von Dispositiv I–III im Amtsblatt.
- IV. Mitteilung an das Initiativkomitee «Flughafen-Nachtruhe-Initiative», c/o Kurt Klose, Püntstrasse 43, 8309 Birchwil, die Geschäftsleitung des Kantonsrates zuhanden der GPK, die Volkswirtschaftsdirektion, die Staatskanzlei sowie an das Statistische Amt.

Direktion der Justiz und des Innern

Jacqueline Fehr
Regierungsrätin